

18. VII. 1915

Die Krankenkasse im Kriege.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, die aus 43 Berliner Krankenkassen hervorgegangen ist, hat jetzt ihren ersten Jahresbericht herausgegeben, der auch den gewaltigen Einfluß des Krieges aufs deutlichste verspüren läßt. Mit 425 485 Mitgliedern begann die Kasse ihre Tätigkeit am 1. Januar 1914, während sie am 31. Dezember nur 373 184 Mitglieder aufwies, unter denen die Zahl der Frauen verhältnismäßig stark zugenommen hat, die hauptsächlich den untersten Lohnstufen angehören. Zwischen 17 und 45 Jahren macht sich bei den Männern die Einberufung zu den Fahnen am meisten bemerkbar. Immerhin befinden sich 54,4 der männlichen Mitglieder im Alter bis zu 30 Jahren. Die stärkste Abnahme der Mitgliederzahlen zeigten die Monate August und September, nämlich 6,23 pCt. und 27,99 pCt. bei den Männern, 5,48 und 28,03 bei den Frauen. Seitdem ist aber ein ständiges schnelles Anwachsen zu vermerken. Den vielen Schwierigkeiten, die die Einberufung der Hausgewerbetreibenden, namentlich der Konfektionsgewerbe, der Kasse verursachte, machte der Krieg ein Ende, da durch Notgesetz die Versicherung für das Hausgewerbe aufgehoben wurde. Seit dem ersten Februar 1915 hat die Kasse von dem Recht der Wiedereinführung Gebrauch gemacht. Viel Schwierigkeiten hat auch die Versicherung der Diensthöten gebracht, bei denen 32 980 Befreiungsanträge bearbeitet wurden. 77 294 Krankheitsfälle männlicher und 97 936 weiblicher Mitglieder, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, mit zusammen 5 218 098 Krankheitstagen kamen vor. Für Krankenhausbehandlung wurden beinahe 3 000 000, für Wochenhilfe 459 171 M., d. h. durchschnittlich 52 M. pro Fall ausgegeben. Durch die Verordnung über die Reichswochenhilfe vom 3. Dezember 1914 wurden für Rechnung des Reiches an Entbindungs-, Wochen- und Stillgeldern bis Ende Februar 1915 50 000, für Rechnung der Kasse 35 000 M. verausgabt. Die ärztliche Behandlung kostete 2 420 000 Mark, für Arzneimitteln wurden 1 909 007 M. verausgabt, für Krankengeld 7 844 000 M., während die persönlichen Verwaltungskosten die ungeheure Summe von 2 721 242 M. verschlangen, die zum Teil durch die Neuorganisation der Kasse bedingt sind.